

Inhaltsübersicht

	Seite
Bearbeiterverzeichnis	25
Abkürzungsverzeichnis	27
Literaturverzeichnis	33
A. Verfassungsrechtliche Grundlagen der Kommunalwahlen	41
I. Wahlrechtsgrundsätze	41
1 Allgemeinheit der Wahl	42
2 Unmittelbarkeit der Wahl	46
3 Geheimheit der Wahl	49
3.1 Allgemeine Anforderungen	49
3.2 Besondere Anforderungen bei der Briefwahl	51
4 Gleichheit der Wahl	52
4.1 Allgemeine Anforderungen	52
4.2 Der enge Spielraum des Gesetzgebers	53
4.3 Die Anforderungen an das Wahlsystem	55
4.4 Die Anforderungen an die Wahlkreiseinteilung	57
4.5 Die Organisation der Wahl	58
4.6 Sperrklauseln	59

4.7	Recht auf chancengleiche Teilnahme an der Kommunalwahl ...	61
4.7.1	Die Wettbewerbsgleichheit	61
4.7.2	§ 5 Abs. 1, 2 ParteiG	63
4.7.3	Überlassung kommunaler Einrichtungen und Leistungen.....	63
4.7.4	Freigabe von Wahlwerbung	65
4.7.5	Kommunale Öffentlichkeitsarbeit	66
5	Die Freiheit der Wahl.....	70
5.1	Allgemeine Anforderungen	70
5.2	Das Verbot amtlicher Wahlbeeinflussung.....	71
5.3	Die unzulässige Wahlbeeinflussung	71
5.4	Die Wahlbeeinflussung durch Unwahrheiten, Manipulation und unzureichende Information	74
5.5	Die Unterscheidung zwischen amtlichen und sonstigen Wahlbeeinflussungen	77
II.	Insbesondere: die Neutralitätspflicht	81
1	Die Neutralitätspflicht im Kommunalwahlkampf	81
1.1	Die Neutralitätspflicht der Gemeinde und ihrer Organe	81
1.2	Die Neutralitätspflicht der Wahlorgane	82
1.3	Keine Neutralitätspflicht von Ratsmitgliedern und Fraktionen	82
2	Die Neutralitätspflicht des kandidierenden Amtsinhabers	84
2.1	Das Spannungsverhältnis von Amt und Wahlkampf.....	85
2.2	Die Abgrenzung amtlicher Vorgänge zur privaten Wahlwerbung.....	86
2.2.1	Die direkte Zuordnung zum Amt.....	87

	Seite
2.2.2 Wahlwerbung mit „amtlichen“ Mitteln	89
2.2.3 Würdigung der Gesamtumstände	91
2.3 Was darf der kandidierende Bürgermeister?	93
2.4 Was darf der kandidierende Bürgermeister nicht?	95
B. Wahlvorbereitung und Wahl des Rates bzw. Kreistags	101
I. Wahlvorbereitung und Wahl des Rates bzw. Kreistages aus Sicht der Kommunalverwaltung und der Wahlgane	101
1 Wahlgane	102
1.1 Wahlleiter.....	103
1.2 Wahlausschuss	105
1.2.1 Zusammensetzung	105
1.2.2 Aufgaben	107
1.2.3 Verfahren	107
1.3 Wahlvorstände und Briefwahlvorstände.....	108
1.3.1 Zuständigkeiten	108
1.3.2 Zusammensetzung	109
1.3.3 Neutralitätsverpflichtung	109
1.3.4 Wahlhelfergewinnung	111
1.3.4.1 Allgemeines.....	112
1.3.4.2 Personelle Anforderungen an die Mitglieder der Wahlvorstände	112
1.3.4.3 Rechtliche und tatsächliche Rekrutierung der Mitglieder der Wahlvorstände	112
1.3.4.4 Anreize für eine Wahlhelfergewinnung	116
1.3.4.5 Rechtliche Anforderungen an die Verpflichtung als Wahlhelfer	117
1.3.4.6 Nach der Wahl ist vor der Wahl.....	118
1.3.5 Aufgaben der Wahlvorstände	118
1.3.5.1 Allgemeine Wahlvorstände.....	118
1.3.5.1.1 Wahlvorsteher	119

Inhaltsübersicht

	Seite
1.3.5.1.2 Wahlvorstand als Kollegium	119
1.3.5.1.3 Schriftführer.....	120
1.3.5.1.4 Beisitzer.....	120
1.3.5.2 Briefwahlvorstände	120
1.3.6 Verfahren	121
1.4 Vertretung (Rat bzw. Kreistag)	121
1.5 Hauptverwaltungsbeamter (Oberbürgermeister, Bürgermeister bzw. Landrat).....	122
1.6 Aufsichtsbehörde	122
2 Beachtung wichtiger Termine	123
2.1 Möglichkeit zur Reduzierung der Vertreter	125
2.2 Einteilung der Wahlbezirke.....	125
2.3 Öffentliche Bekanntgabe über die Wahlbezirkseinteilung.....	126
2.4 Beschlussfassung über die Zulassung von Wahlvorschlägen....	126
2.5 Entscheidung über die Zulassung von Wahlvorschlägen im Falle von Beschwerden	126
2.6 Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge	126
2.7 Durchführung der Wahlhandlung	127
2.8 Feststellung des Wahlergebnisses	127
2.9 Benachrichtigung und öffentliche Bekanntgabe der gewählten Bewerber.....	127
3 Festlegung der zu wählenden Vertreter	127
3.1 Gesetzliche Festlegung	128
3.1.1 Gemeinden	128
3.1.2 Kreise	128

	Seite
3.2 Verringerung durch Satzung	129
4 Einteilung der Wahl- und Stimmbezirke	129
4.1 Einteilung der Wahlbezirke	130
4.1.1 Gesetzliche Vorgaben	130
4.1.2 Rechtliches Rangverhältnis der Einteilungskriterien	131
4.1.3 Wahlorganisatorische Aspekte	134
4.2 Einteilung der Stimmbezirke	135
5 Ermittlung der Wahlberechtigung	136
5.1 Aktives Wahlrecht	136
5.2 Ausschluss vom aktiven Wahlrecht	138
5.3 Wählerverzeichnis	138
5.4 Wahlschein	140
6 Wählbarkeit	142
7 Prüfung der Wahlvorschläge	143
7.1 Arten von Wahlvorschlägen	143
7.2 Wahlvorschlagsträger	143
7.3 Einreichungsfrist	144
7.3.1 Frühestmöglicher Zeitpunkt.....	144
7.3.2 Ende der Einreichungsfrist.....	145
7.4 Grundsätzliche formale Anforderungen	145
7.4.1 Verbot der Mehrfachkandidatur	145
7.4.2 Erforderliche Angaben	146
7.4.3 Unterschriften	146
7.4.4 Unterstützungsunterschriften	148

	Seite
7.4.5 Vertrauenspersonen	152
7.4.6 Zustimmung	152
7.5 Vorprüfung durch den Wahleiter und Mängelbeseitigung.....	153
7.5.1 Prüfungsmaßstab	153
7.5.2 Mängelbehebung	153
7.5.3 Informations- und Vorbereitungsfunktion.....	154
7.6 Zulassung bzw. Zurückweisung der Wahlvorschläge durch den Wahlausschuss.....	154
7.7 Rechtsschutz gegen die Entscheidung des Wahlausschusses	155
8 Aufgaben der Verwaltung am Wahltag	157
8.1 Wahltag und Wahlzeit	158
8.2 Stimmbezirke, Auswahl und Ausstattung der Wahlräume	162
8.2.1 Einteilung der Stimmbezirke	162
8.2.2 Auswahl und Ausstattung der Wahlräume.....	162
8.3 Wahlwerbung am Wahltag	164
9 Wahldurchführung	164
9.1 Öffentlichkeit der Wahl	164
9.2 Stimmzettel.....	165
9.2.1 Beschaffenheit.....	165
9.2.2 Reihenfolge der Wahlvorschläge	167
9.3 Stimmabgabe im Urnengang bzw. per Briefwahl	168
9.4 Stimmabgabe bei Stimmzahlgeräten	169
9.5 Stimmzählung und Gültigkeit der Stimmen	170
9.5.1 Stimmzählung.....	170
9.5.2 Gültigkeit von Stimmen.....	170
9.5.3 Beispiele ungültiger und gültiger Stimmen.....	171
9.5.3.1 Nur bei der Briefwahl: Mängel im Umschlag	171

	Seite
9.5.3.2 Mängel in der äußeren Beschaffenheit des Stimmzettels	171
9.5.3.3 Mängel in der Kennzeichnung	172
9.5.3.4 Verletzung des Wahlgeheimnisses	173
10 Wahlergebnis und Sitzverteilung	174
10.1 Feststellung des Wahlergebnisses	174
10.2 Sitzverteilung nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung	174
10.2.1 Divisorverfahren mit Standardrundung nach Sainte-Laguë/Schepers	175
10.2.2 Erfordernis eines rechnerischen Mindestsitzanteiles	175
10.2.3 Zuschlagsmandat.....	180
10.2.4 Beispiele für die Sitzverteilung nach dem Divisorverfahren.	181
10.2.4.1 Grundprinzip (1. Schritt)	181
10.2.4.2 Zuschlagsmandat (2. Schritt).....	181
10.2.4.3 Rechnerischer Mindestsitzanteil (Abwandlung).....	182
11 Einleitung des Annahmeverfahrens.....	183
12 Wahlunterlagen, Wahlstatistik, Wahlkosten	184
12.1 Wahlunterlagen.....	184
12.2 Wahlstatistik.....	185
12.3 Wahlkosten	186
II. Nachwahlen und Wiederholungswahlen	186
1 Nachwahl	186
1.1 Nachwahlgründe.....	186
1.2 Zeitpunkt der Nachwahl.....	187
1.3 Verfahren der Nachwahl.....	187

	Seite
2 Wiederholungswahl	188
2.1 Grund	188
2.2 Zeitpunkt.....	189
2.3 Verfahren	189
III. Wahlvorbereitung und Wahl des Rates bzw. Kreistages aus Sicht der Parteien und Wählergruppen	190
1. Allgemeine Regelungen und Termine zur Kandidatenaufstellung.....	191
1.1 Zeitpunkt.....	191
1.2 Anzahl der Kandidaten und Ersatzbewerber	192
1.3 Bedeutung der Wahlbezirkseinteilung	193
1.4 Wählbarkeit	194
1.5 Die Inkompatibilität nach § 13 KWahlG	194
1.5.1 Begriffsbestimmung.....	194
1.5.2 Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	195
1.5.3 Zweck und verfassungsrechtliche Grenzen der Inkompatibilität.....	195
1.5.4 Erfasster Personenkreis	196
1.5.5 Tätigkeit, die zur Unvereinbarkeit von Amt und Mandat führt.....	197
1.5.6 Verfahrensrechtliche Aspekte.....	202
1.5.6.1 Angaben im Wahlvorschlag	202
1.5.6.2 Prüfungsdichte des Wahlleiters	202
1.5.6.3 Handlungspflichten des Wahlleiters bei einer Inkompatibilität	202
1.6 Wahlvorschlag.....	204
1.7 Vertrauensperson.....	206

	Seite
2 Aufstellungsverfahren zur Bestimmung der Kandidaten in einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung (§ 17 KWahlG)	206
2.1 Zuständigkeit der Versammlung	207
2.2 Wahlberechtigung im Zeitpunkt der Aufstellungsverammlung	208
2.3 Wählbarkeit	208
2.4 Verfahrensablauf	208
2.4.1 Einladung	209
2.4.2 Durchführung	209
2.4.3 Niederschrift	210
3 Wichtige Termine	211
3.1 Frühester Zeitpunkt für die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung und der Bewerber	211
3.2 Wahlbekanntmachung	211
3.3 Letzter Tag – bis 18:00 Uhr – für die Einreichung der Wahlvorschläge und der Beseitigung von Mängeln, die die Gültigkeit der Wahlvorschläge berühren	212
3.4 Letzter Tag für die Entscheidung des Wahlausschusses über die Zulassung der Wahlvorschläge und Bekanntgabe der Entscheidung durch den Wahlleiter	212
3.5 Letzter Tag zur Einlegung der Beschwerde gegen die Zurückweisung oder die Zulassung eines Wahlvorschlages	212
IV. Wahlvorbereitung und Wahl des Rates bzw. Kreistages aus Sicht der Einzelbewerber	213
1 Wahlvorschläge	213

2	Besondere vom Einzelbewerber zu beachtende Termine	214
2.1	Wahlbekanntmachung	214
2.2	Letzter Tag – bis 18:00 Uhr – für die Einreichung der Wahlvorschläge und der Beseitigung von Mängeln, die die Gültigkeit der Wahlvorschläge berühren	214
2.3	Letzter Tag für die Entscheidung des Wahlausschusses über die Zulassung der Wahlvorschläge und Bekanntgabe der Entscheidung durch den Wahlleiter	214
2.4	Letzter Tag zur Einlegung der Beschwerde gegen die Zurückweisung oder die Zulassung eines Wahlvorschlags.....	215
V.	Wahlwerbung	215
1	Wahlsichtwerbung	216
1.1	Das Aufstellen von Informationsständen, Werbetafeln und Stellschildern	217
1.1.1	Straßenrechtliche Sondernutzung?	217
1.1.2	Anspruch auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis?	218
1.1.3	Umfang des Anspruchs auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis.....	218
1.1.4	Sondernutzungsgebühren für Wahlwerbung?	221
1.1.5	Sanktionsmöglichkeiten eines Verstoßes gegen die Sondernutzungserlaubnis	222
1.1.6	Straßenverkehrsrechtliche Fragestellungen	223
1.2	Verteilung von Wahlbroschüren und Handzetteln	224
2	Lautsprecherwerbung	225
3	Überlassung kommunaler Einrichtungen wie Stadthallen, aber auch kommunaler Internetseiten	226
3.1	Vorliegen einer öffentlichen Einrichtung.....	226

	Seite
3.2 Anspruchsumfang	227
3.2.1 Verfassungsfeindlichkeit einer Partei als Ausschlussgrund? .	227
3.2.2 Die Widmung als Grenze des gesetzlichen Anspruchs	228
3.2.3 Sonstige Einschränkungen des gesetzlichen Anspruchs.....	229
3.2.4 Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung für den Fall einer Sondernutzung?	230
3.3 Anspruchsberechtigte	230
3.4 Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten?	231
C. Wahlvorbereitung und Wahl der Bezirksvertretungen	233
I. Wahlsystem und Wahlrecht	233
II. Wahlvorschläge	233
III. Unvereinbarkeit (Inkompatibilität)	234
IV. Sitzverteilung	235
D. Die Wahl der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte	237
I. Grundsätzliches	237
II. Die Dauer der Wahlzeit des hauptamtlichen Bürgermeisters bzw. Landrates	238
III. Der Wegfall der Stichwahl	241
IV. Persönliche Anforderungen an die Wählbarkeit	242
V. Das Wahlverfahren der Bürgermeister und Landräte – insbesondere aus Sicht der Bewerber bzw. der sie tragenden Parteien oder Wählergruppen	245

	Seite
VI. Gewonnen oder verloren?	246
VII. Wahlorganisatorische Fragen rund um die kommunalen Wahlvorbereitungen nebst Durchführung der Wahl	247
VIII. Vereidigungen und Amtseinführung	252
IX. Möglichkeit einer erneuten Kandidatur?	253
X. Beamtenrechtliche Regelungen im Falle einer Wahl.....	253
XI. Die Abwahl des Bürgermeisters bzw. des Landrats	255
1 Allgemeines	255
2 Das Abwahlverfahren	256
2.1 Die Einleitung des Abwahlverfahrens	257
2.1.1 Einhaltung einer mindestens zweiwöchigen „Abkühlungsfrist“	257
2.1.2 Der Ratsbeschluss über den Einleitungsantrag	258
2.1.3 Organisatorische Belange	258
2.1.4 Die Abwahlentscheidung durch die Bürgerschaft	259
2.1.5 Der Verzicht auf das Abwahlverfahren (§ 66 Abs. 2 GO bzw. § 45 Abs. 2 KrO)	259
2.1.6 Das Ausscheiden aus dem Amt	259
2.1.7 Rechtsschutzmöglichkeiten	260
2.1.7.1 Wahlnachprüfungsverfahren	260
2.1.7.2 Beanstandungspflicht nach § 54 Abs. 2 GO bzw. § 39 Abs. 2 KrO?	261
2.1.8 Das Ruhen der Amtsgeschäfte	261
2.1.9 Beamtenrechtliche Besonderheiten bei einer Abwahl.....	262

	Seite
E. Die konstituierende Sitzung des Rates.....	265
I. Einladung, Beachtung wichtiger Fristen.....	265
1. Einladung.....	265
2. Beachtung wichtiger Fristen.....	267
II. Tagesordnung.....	268
III. Wahl des stellvertretenden Bürgermeisters.....	271
IV. Einführung gewählter Ratsmitglieder sowie stellvertretender Bürgermeister.....	273
V. Festlegung der Ausschüsse und ihrer Besetzung	273
1. Festlegung der Ausschüsse.....	275
2. Besetzung	275
VI. Wahl der Ausschussvorsitzenden.....	278
F. Die Wahlprüfung	279
I. Zweck.....	279
II. Historische Entwicklung.....	279
III. Wahlprüfungsverfahren	281
1 Prüfungshandlungen vor der Wahl	282
2 Gemeindliches Wahlprüfungsverfahren	282

3	Gerichtliche Wahlprüfung	283
4	Einspruchsverfahren	284
4.1	Die Einspruchsberechtigten im Einzelnen (§ 39 Abs. 1 KWahlG).....	286
4.2	Form, Frist und notwendiger Inhalt des Einspruchs.....	289
4.3	Verhältnis anfechtbarer Handlungen vor und bei der Wahl zum Einspruch (§ 39 Abs. 2 KWahlG)	292
5	Prüfung im Einzelnen.....	294
5.1	Vorprüfung durch den Wahlprüfungsausschuss	294
5.2	Wahlprüfung durch den Rat	297
5.3	Die Wahlprüfungsentscheidungen.....	298
5.3.1	Anordnung des Ausscheidens eines Vertreters (§ 40 Abs. 1 Buchst. a KWahlG).....	299
5.3.1.1	Voraussetzungen und Inhalt der Entscheidung sowie Verfahren	299
5.3.1.2	Wirkung der Entscheidung (§ 40 Abs. 3 KWahlG)	302
5.3.1.3	Zwischenentscheidung des Rates (§ 40 Abs. 4 KWahlG)....	304
5.3.1.4	Gerichtliche Zwischenentscheidung (§ 41 Abs. 2 KWahlG)	307
5.3.2	Erklärung der Ungültigkeit der Wahl und Anordnung einer Wiederholungswahl (§ 40 Abs. 1 Buchst. b KWahlG)	311
5.3.2.1	Voraussetzungen und Inhalt der Entscheidung sowie Verfahren	311
5.3.2.2	Wirkung der Entscheidung (§ 40 Abs. 3 KWahlG), Zwischenentscheidung des Rates (§ 40 Abs. 4 KWahlG) und gerichtliche Zwischenentscheidung (§ 41 Abs. 2 KWahlG), sofortige Vollziehbarkeit (§§ 80 Abs. 2 Nr. 4, 80 a VwGO)	315
5.3.2.3	Wiederholungswahl (§ 42 KWahlG).....	317
5.3.3	Aufhebung der Feststellung des Wahlergebnisses und Anordnung einer Neufeststellung bzw. Erklärung der Ungültigkeit der Wahl und Anordnung einer Wiederholungswahl (§ 40 Abs. 1 Buchst. c KWahlG).....	318

	Seite
5.3.3.1 Voraussetzungen und Inhalt der Entscheidung sowie Verfahren	318
5.3.3.2 Wirkung der Entscheidung, Ausscheiden von Vertretern (§ 40 Abs. 3 KWahlG), Zwischenentscheidung des Rates (§ 40 Abs. 4 KWahlG) und gerichtliche Zwischenentscheidung (§ 41 Abs. 2 KWahlG), sofortige Vollziehbarkeit (§ 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO)	320
5.3.3.3 Neufeststellung des Wahlergebnisses (§ 43 KWahlG)	321
5.4 Das verwaltungsgerichtliche Wahlprüfungsverfahren	323
5.4.1 Der Kreis der Klagebefugten	323
5.4.2 Klageart, Vorverfahren, Klagefrist, Beklagter, notwendige Beiladung	326
5.4.3 Begründetheit der Klage	328
5.4.4 Rechtsmittelzug	329
5.4.5 Einstweiliger Rechtsschutz	330
6 Besonderheiten für die Wahl des Kreistags und der Bezirksvertretungen, der Bürgermeister und Landräte	331
G. Kurzüberblick über Rechte und Pflichten der Ratsmitglieder allgemein und bezogen auf die Rats- und Ausschusssitzungen	333
I. Rechte	333
1. Freies Mandat	333
2. Ersatz von Verdienstaussfall	333
3. Aufwandsentschädigung	334
4. Fragerecht	335
5. Bildung von Fraktionen	336
6. Einberufung der Ratssitzung	339

7. Zwingende Vorschläge zur Tagesordnung	339
II. Pflichten.....	340
1 Treuepflicht/Vertretungsverbot.....	340
1.1 Allgemeine Treuepflicht	340
1.2 Vertretungsverbot	340
2 Pflicht zur Verschwiegenheit	343
3 Mitwirkungsverbot	347
H. Verlust der Mitgliedschaft und Ersatzbestimmung	353
I. Verlust der Mitgliedschaft	353
1 Verlust der Ratsmitgliedschaft – §§ 37, 38, 46 KWahlG	353
1.1 Verzicht – § 38 KWahlG.....	355
1.1.1 Adressat und Form des Verzichts	356
1.1.2 Nebenbestimmungen	358
1.1.3 Anfechtbarkeit.....	358
1.1.4 Entscheidungskompetenz.....	360
1.1.5 Rechtsschutz	360
1.2 Nachträglicher Verlust der Wählbarkeit	361
1.2.1 Verlust der Wählbarkeit oder des Wahlrechts infolge Richterspruchs	362
1.2.2 Nachträgliche Bestellung eines Betreuers.....	363
1.2.3 Verlust der Deutschen Staatsangehörigkeit oder der Staatsangehörigkeit eines EU-Staates	364
1.2.4 Wegzug aus dem Wahlgebiet.....	364
1.2.5 Entscheidungskompetenz und Rechtsschutz	366

	Seite
1.3 Parteiverbot, Vereinigungsverbot, Wahlverbot für Umstürzler – §§ 37 Nr. 3, 46 KWahlG	367
1.3.1 Parteiverbot – Art. 21 GG	367
1.3.2 Vereinigungsverbot	368
1.3.3 Wahlverbot für Umstürzler – Art. 32 Abs. 2 LVerf.....	368
1.3.4 Entscheidungskompetenz und Rechtsschutz	369
1.4 Ungültigkeit der Wahl	369
1.5 Nachträgliche Feststellung eines Hindernisses für die gleichzeitige Zugehörigkeit zu einer Vertretung	369
1.5.1 Unvereinbarkeitstatbestände	369
1.5.2 Entscheidungskompetenz und Rechtsschutz	371
1.6 Annahme der Wahl zum Bürgermeister	372
1.6.1 Verlusttatbestand.....	372
1.6.2 Entscheidungskompetenz und Rechtsschutz	373
2 Verlust der Mitgliedschaft im Kreistag und in der Bezirksvertretung	373
II. Ersatzbestimmung	375
1 Die Ersatzbestimmung von Mitgliedern des Gemeinderats – § 45 KWahlG	375
1.1 Materiell-rechtliche Vorgaben für die Ersatzbestimmung	376
1.1.1 Tatbestandsvoraussetzungen	376
1.1.2 Rechtsfolgen.....	378
1.1.2.1 Ersatzbewerber oder Reihenfolge der Reserveliste	378
1.1.2.1.1 Ersatzbewerber	379
1.1.2.1.2 Listennächster	379
1.1.2.2 Bestimmung des konkreten Listennachfolgers.....	380
1.1.2.2.1 Ausscheiden aus der Partei oder Wählergruppe	380
1.1.2.2.2 Ablehnung der Annahme der Wahl.....	381
1.1.2.2.3 Verzicht auf die Anwartschaft	381

1.1.2.2.4 Verlust der Wählbarkeit, Tod oder Ablehnung der Annahme der Wahl im Rahmen der Ersatzbestimmung	382
1.1.2.2.5 Weitere materiell-rechtliche Vorgaben für die Ersatzbestimmung	383
1.1.2.2.6 Rechtsfolgen der Nichtberücksichtigung eines Ersatzbewerbers oder Listennächsten	384
1.2 Das Ersatzbesetzungsverfahren	385
1.2.1 Ausscheiden des Vertreters (Vorliegen der Voraussetzungen des § 45 Abs. 1 Satz 1 KWahlG)	388
1.2.2 Vorläufige Feststellung des Listennachfolgers (§ 45 Abs. 2 KWahlG, § 69 Abs. 1 KWahlO)	389
1.2.3 Benachrichtigung des Bewerbers (§ 62 KWahlO i. V. m. § 35 KWahlG)	389
1.2.4 Abschließende Feststellung des Nachfolgers (§ 45 Abs. 2 KWahlG)	390
1.2.5 Öffentliche Bekanntmachung des festgestellten Nachfolgers (§ 45 Abs. 2 KWahlG)	391
1.2.6 Entscheidungskompetenz und Rechtsschutz	394
1.2.6.1 Wahlprüfungsverfahren	394
1.2.6.1.1 Gemeindliches Wahlprüfungsverfahren	394
1.2.6.1.2 Gerichtliches Wahlprüfungsverfahren	395
1.2.6.2 Rechtsschutz nach der VwGO	396
2 Kreistag und Bezirksregierung	396
Anhang	399
Leitsätze der Rechtsprechung des OVG NRW zum Wahlrecht	399
I. Wahlrechtsgrundsätze	400
1 Allgemeinheit der Wahl	400
2 Unmittelbarkeit der Wahl	400

	Seite
3 Geheimheit der Wahl	400
4 Gleichheit der Wahl	401
5 Freiheit der Wahl	402
II. Wahlvorschläge	403
III. Inkompatibilität	405
IV. Wahlrecht	406
1 Aktives Wahlrecht	406
2 Passives Wahlrecht	407
V. Wahlwerbung	407
VI. Wahlverfahren	408
VII. Wahlhelfer	408
VIII. Wahlfehler/Wahlanfechtung	409
1 Prozessuale Fragen	409
2 Materielle Fragen	412
IX. Verlust des Mandats	414
X. Wahlkampfkosten	416
Stichwortverzeichnis.....	417